

Stand: 25.12.2025 12:21:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/264

"Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/264 vom 10.12.2013
2. Beschluss des Plenums 17/300 vom 11.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 11.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Kommunen bei der Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose zu unterstützen. Ein kalter Winter steht bevor und die Notfallunterkünfte in den Ballungsräumen sind teilweise bereits jetzt schon hoffnungslos überfüllt. Die Staatsregierung darf die Kommunen mit dieser Problematik nicht allein lassen und sollte sich auch finanziell an der kurzfristigen Schaffung von mehr Plätzen in den Notfallunterkünften beteiligen.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung ein dauerhaftes, tragfähiges und finanziell abgesichertes Konzept zur Förderung von Investitionen in die Wohnungslosenhilfe durch den Freistaat vorlegen, um für einen regional bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau von Beratungs-, Betreuungs-, Wohn- und Beschäftigungsangeboten zu sorgen.

Dieses Konzept sollte vor allem folgende Punkte enthalten:

- Prävention durch die Förderung von Zentralen Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten in den Kommunen
- Ausbau der ambulanten Wohnbetreuung nach dem SGB XII §§ 67 ff
- Verstärkte Förderung der landesweiten Vernetzung von Unterstützungs- und Präventionsangeboten
- Schaffung von preiswertem Wohnraum: Verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Verlängerung der Sozialbindungen, Förderung des Genossenschaftsbbaus, zügige Einführung der Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen

Begründung:

Nach Angaben des Sozialministeriums wird die Zahl von Wohnungslosen in Bayern auf 20.000 bis 25.000 Personen geschätzt. Schätzungen der Caritas zufolge leben in Bayern rund 1.000 bis 1.500 Menschen, in München rund 380 ständig auf der Straße. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe rechnet bis 2016 für das gesamte Bundesgebiet mit einem Anstieg der Wohnungslosenzahlen um etwa ein Drittel. Als Gründe für diesen Trend werden das Ansteigen von Mietpreisen, das Schrumpfen des sozialen Wohnungsbestands, die Verarmung der unteren Einkommensgruppen sowie ein unzureichender Ausbau von Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit, an die sich Betroffene bei drohender Wohnungslosigkeit wenden können, genannt.

Die Unterstützungsangebote und Präventionsprogramme sind im Freistaat auf die Ballungsräume konzentriert. Von einem flächendeckenden Netz von Hilfsangeboten für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, kann keine Rede sein. Der Freistaat beteiligt sich lediglich mit einer im Ländervergleich niedrigen und seit Jahren konstanten Summe von 430,6 Tsd. Euro an einer Verbesserung der Betreuung von Wohnungslosen durch landesweite Koordinierungs- und Vernetzungsmaßnahmen. Die Kommunen sollten bei der Bereitstellung einer Betreuungs- und Beratungsinfrastruktur von Wohnungslosen nicht alleine gelassen werden. Stattdessen sollte sich der Freistaat an dem Ausbau von Beratungs-, Betreuungs-, Wohn- und Beschäftigungsangeboten in Form einer Investitionsförderung beteiligen. Baden-Württemberg stellt für diesen Zweck beispielsweise rund 1,7 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/264

Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Angelika Weikert

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Jürgen Mistol

Staatsministerin Emilia Müller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Christine Kamm

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir treten jetzt in die Beratung des nächsten Dringlichkeitsantrags ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose (Drs. 17/264)

Ich darf gleich ankündigen, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Damit beginnen die 15 Minuten wieder zu laufen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Weikert. Ich bitte sie ans Rednerpult.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! –

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Entschuldigung, Frau Weikert. – Ich bitte die, die sich unterhalten möchten, nach draußen zu gehen, damit wir hier ordnungsgemäß arbeiten können. Viele wollen heute noch nach Hause fahren. Wenn wir alles hören, dann geht alles viel besser.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank für diesen Appell, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose" wollen wir uns, bevor wir in die Winterpause gehen – "Weihnachtspause" möchte ich nicht sagen, weil das eigentlich kein Weihnachtsthema ist –, einem ganz ernsthaften Thema widmen und einen Appell bzw. eine klare Aufforderung an die Staatsregierung richten: Die Staatsregierung soll die Kommunen mit dem Problem der Obdachlosigkeit im bevorstehenden Winter nicht alleine lassen.

(Beifall bei der SPD)

Vorab eine kleine Problemanalyse. Sie basiert aber nur auf Schätzungen; denn wir alle wissen, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit lassen sich nicht klar beziffern. Vielfach bemerken wir sie erst, wenn wir durch die Straßen der Großstädte gehen, durch Bahnunterführungen in der Nähe von Bahnhöfen usw. Man geht davon aus, dass es in Bayern 20.000 bis 25.000 wohnungslose Personen gibt. Das sind Hochrechnungen. Zum Teil ist die Quelle auch der Sozialbericht des Staatsministeriums. Es gibt genauere Zahlen aus den Ballungsräumen Nürnberg und München. Es gibt weniger bzw. unkonkrete Zahlen aus den Landkreisen und kleineren Gemeinden.

Der Anteil ist in Bayern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung relativ hoch. Meine Problemanalyse aufgrund von Recherchen in den letzten Tagen für München und Nürnberg – für diese Ballungsräume liegt das meiste Material vor – zeigt: Bereits seit dem Sommer sind in Nürnberg alle Notunterkünfte voll ausgelastet. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr in diesem Jahr einen fast doppelt so hohen Zuwachs von Personen, die eine Unterkunft suchen. In München ist die Situation ähnlich; die Zahlen sind bekannt. In Nürnberg wird alles Mögliche unternommen. Container werden aufgestellt, brachliegende Gaststätten werden kurzfristig bezogen, um Wohnungslosen über Nacht ein Bett zu bieten.

Frau Sozialministerin Müller, die Gemeinden, Städte und Landkreise müssen parallel dazu dezentrale Unterkünfte für Asylbewerber suchen. Ihr Ministerium hat sie dazu aufgefordert. Das ist nicht so einfach. Der Immobilienmarkt ist sehr angespannt. Viele Bedarfe strömen auf den Immobilienmarkt.

Ein großer Teil der höheren Inanspruchnahme von Obdachlosenunterkünften ist auf eine Armutswanderung aus Osteuropa zurückzuführen. Ich spreche alle Fraktionen im Bayerischen Landtag an: Wir stehen zu einem freizügigen Europa und zur Mobilität in Europa. Das bringt eben auch Armutswanderung mit sich; denn die Lebensverhältnis-

se in Europa sind bei Weitem nicht gleichwertig. Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland und Bayern auseinander, sondern noch mehr in Europa.

Deshalb wird es Aufgabe einer verantwortlichen Politik sein, sich darum zu kümmern, dass die Situation in den europäischen Ländern, die Ausgangspunkte der Armutswanderung sind, verbessert wird, damit die Menschen nicht mehr gezwungen sind, sich auf den Weg zu machen. Es ist aber auch unsere Aufgabe, diejenigen, die hier ankommen, zumindest so zu versorgen, dass sie etwas zu essen und eine warme Unterkunft haben.

Kolleginnen und Kollegen, Frau Müller, Sie wissen, dass die Armutswanderung aus Rumänien, Bulgarien, zum Teil auch aus Polen viele alleinstehende Männer betrifft, die oft Opfer – ich nenne sie bewusst so – organisierter Schwarzarbeit werden. Der Ausbau von Beratung, Betreuung und Information über Arbeitsverhältnisse in Deutschland ist da besonders wichtig. Sonst werden diese Menschen dem weiten Feld der organisierten Schwarzarbeit überlassen. In Nürnberg und München – ich beziehe mich zunächst auf diese beiden Städte, ich weiß, das gibt es auch in anderen Städten, ich will niemanden bevorzugen – gibt es seit vielen Jahren gute Präventionskonzepte gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Bei der Stadt Nürnberg sind die Wohnungsfragen bei Obdachlosigkeit im Sozialamt angesiedelt. Es gibt Stellen, die versuchen, Wohnungslosigkeit überhaupt zu vermeiden. Das Sozialamt übernimmt direkt die Miete. Die Menschen sind in ständiger Betreuung. Ähnliches gibt es in München. Dort wird schon sehr viel Präventionsarbeit geleistet. Letztlich besteht aber immer noch Handlungsbedarf.

Was macht der Freistaat Bayern mit diesem Problem? Wir schauen uns immer wieder gern auch in anderen Bundesländern um. In Baden-Württemberg wurden von der Landesregierung bereits im Sommer Mittel für Wohnungslose in Höhe von 1,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung in Baden-Württemberg fördert Einrichtungen für Wohnungslose mit 1,7 Millionen. Das Land Bayern hat dagegen in der Finanzplanung gerade einmal 430.000 Euro ausgewiesen. An-

träge auf Erhöhung dieser Mittel, die von den Oppositionsparteien bei den Haushaltsberatungen gestellt wurden, wurden rundweg abgelehnt. Das Land Baden-Württemberg ist um ein Wesentliches kleiner als Bayern. Deshalb wäre es an der Zeit, dass auch vonseiten des Landes Bayern die staatlichen Mittel für Wohnungslose erhöht werden. Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag geht es uns in allererster Linie darum, dass die Kommunen mit dieser Problematik in den nächsten drei bis vier Monaten nicht allein gelassen werden. Ich betone das noch einmal. Wir brauchen Sofortmaßnahmen, Frau Müller. Ihre Aufgabe als Sozialministerin wäre es, vor Weihnachten die Sozialreferenten der Städte und die Beauftragten der Landkreise zusammenzurufen, um in einem gemeinsamen Gespräch zu erkunden, was die Städte und die Landkreise brauchen. Es gibt Maßnahmen der Soforthilfe, die gar nicht den Bau neuer Unterkünfte erfordern. Vorübergehend könnten auch einmal Immobilien des Freistaates Bayern geöffnet werden. Als Skandal empfinde ich es, dass Menschen, die keine Unterkunft haben, von den Bahnhöfen vertrieben werden. Auch das könnte vonseiten des Sozialministeriums deutlich gemacht werden. Die Verantwortlichen für Immobilien im Freistaat Bayern sollten an ihre Verpflichtung gegenüber den Obdachlosen erinnert werden. Frau Müller, darüber hinaus brauchen wir ein langfristiges Konzept. Das, was zu diesem langfristigen Konzept gehört, finden wir im Koalitionsvertrag. Die Abstimmung darüber in der SPD wird morgen beendet sein. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir ab nächstem Jahr Koalitionspartner in Berlin sind. In diesen Koalitionsvertrag sind einige Maßnahmen aufgenommen. Ich nenne nur die Mietpreisdeckelung, mehr Förderung im sozialen Wohnungsbau und dergleichen. Das muss sicherlich mit aufgenommen werden. Der Freistaat Bayern kann aber nicht nur nach Berlin und auf den Bund schauen, sondern er muss auch hier seiner Verantwortung gerecht werden. Kurzum, Frau Müller, Kolleginnen und Kollegen, folgen Sie bitte unserem Appell und unserer Aufforderung, nicht in die Winterpause zu gehen und die Kommunen mit dieser Problematik allein zu lassen.

Daneben dürfen wir auch die Sozialverbände nicht allein lassen. Kollege Imhof, ich spreche Sie jetzt an, weil es mir vor ein paar Tagen der Caritasdirektor in Nürnberg

gesagt hat. Die Zuspitzung der Situation wirkt sich nicht nur auf die Notunterkünfte aus, sondern auch auf die Wärmestuben, auf die Bahnhofsmission und auf unterschiedliche Einrichtungen, die in den Kommunen von den freien Trägern bereitgehalten werden, wie zum Beispiel Räume, in denen sich Menschen ein warmes Essen holen können, in denen sie duschen oder sich frische Kleidung besorgen können. Es geht nicht nur um Räume zum Schlafen, sondern um alles das, was man zum Leben braucht. Auch diese Einrichtungen sind so voll, dass man befürchtet, Menschen abweisen zu müssen, die dann keine Möglichkeit mehr haben, pro Tag wenigstens ein warmes Essen zu bekommen. Das kann sich das reiche Land Bayern nicht leisten. Deshalb bitte ich Sie: Kommen Sie Ihrer Verantwortung nach und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Roos, Karl und Fraktion (SPD) betreffend optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern auf Drucksache 17/278 bekannt. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich sehe, dass der Kollege Lorenz schon am Rednerpult ist.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, werte Kollegen! Ihr Antrag, Kollegen der SPD und Frau Kollegin Weikert, klingt zunächst ganz gut. Natürlich passt er auch zur bevorstehenden Weihnachtszeit und zu dem sich anbahnenden Winter. Allerdings stellt er die Lage ein bisschen verzerrt dar. Vor allem aber – das ist das Gravierendste – stellt er die Zuständigkeiten komplett auf den Kopf. Zuständig für die Behebung des Problems der Wohnungslosigkeit sind die Kommunen. Die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ist eine originäre Aufgabe der Kommu-

nen. Wenn Sie sagen, Kommunen wie Nürnberg oder München kämen ihrer Aufgabe nicht nach, erheben Sie einen Vorwurf gegenüber den jeweiligen Städten,

(Widerspruch bei der SPD – Angelika Weikert (SPD): Sie haben nicht zugehört!)

nämlich den Vorwurf, dass die Städte München und Nürnberg ihren Aufgaben nicht nachkommen. Das möchte ich zumindest für München aufs Schärfste zurückweisen. Ich mache den Städten diesen Vorwurf nicht. Um Ihnen die Zusammenhänge zu erläutern, darf ich nur sagen, dass es für die Stadt München im Finanzausgleich für jeden Einwohner mehr Mittel gibt – ich nenne nur das Stichwort Einwohnerveredelung -, weil Großstädte und Ballungsräume spezielle Probleme haben und eine große Stadt auch zentralörtliche Funktionen wahrnimmt. Deshalb muss die Stadt mit den ihr zugewiesenen Mitteln für die Lösung ihrer besonderen Probleme sorgen.

Zufällig hatte ich ein Gespräch mit einer leitenden Angestellten der Landeshauptstadt München, in dem es maßgeblich um das Thema Wohnungslosigkeit ging. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen ein paar Aussagen nennen, die in diesem Gespräch gemacht worden sind. Für die ansässigen Obdachlosen gibt es ausreichend Unterkünfte. Das war beispielsweise eine der zentralen Aussagen. Zu wenig Notunterkünfte sind nicht das Problem. Sie haben selbst das Stichwort Wohlstandsmigration genannt. Die Probleme liegen teilweise in den Personen der Obdachlosen selbst. Beispielsweise wollen Obdachlose gar nicht in Gemeinschaftsunterkünfte einziehen, weil sie nicht mit so vielen Leuten zusammenleben wollen. In den Gemeinschaftsunterkünften gelten auch gewisse Verhaltensregeln. Beispielsweise darf man keine Tiere mitnehmen. Das ist ein Grund, der viele davon abhält, in solche Unterkünfte zu gehen. Natürlich herrscht dort auch Alkoholverbot. Das Problem besteht nicht in mangelnden Notunterkünften, sondern darin, dass wir zu wenig sozialen Wohnraum haben, um den betreffenden Personenkreis dauerhaft in bezahlbarem Wohnraum unterzubringen. Es gibt zu wenig Sozialwohnungen. Auch insofern muss ich Ihren Vorwurf zurückweisen. Es ist die originäre Aufgabe der Städte, ausreichend Sozialwohnungen zu schaffen. Ich darf Ihr Maßnahmenprogramm ergänzen. Im vierten Spiegelstrich sprechen Sie von der

Schaffung preiswerten Wohnraums. Hierzu gehört auch die Vermeidung von Leerständen. Exemplarisch möchte ich nur die städtischen Immobilien in der Pilotystraße und in der Kreuzstraße in München nennen. Wenn Sie und Ihre Stiftungsverwaltung jahrelang städtische Immobilien leer stehen lassen, tragen Sie selbst dazu bei, dass in München nicht ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen. Kurzum, der Freistaat Bayern stellt den Kommunen im bundesweiten Vergleich wirklich erhebliche Mittel zur Verfügung. Es gibt – das wird nachher der Minister auch noch ausführen – zu diesem konkreten Punkt auch ausreichend Maßnahmen des Freistaats Bayern. Ich sehe das Problem aus meiner Erfahrung, wie gesagt, etwas anders. Wir haben in München grundsätzlich zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Es ist unter anderem Aufgabe der Kommunen, dafür zu sorgen, solche Probleme, wie Sie sie beschreiben, zu verringern.

- Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächste Rednerin ist Gabi Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern sind 430.000 Euro in den Haushalt eingestellt; ich habe das noch einmal nachgeschaut. Das macht, wenn wir jeder Gemeinde einen Zuschuss für die Unterbringung Obdachloser geben würden, im Jahr 220 Euro oder am Tag 62 Cent aus. Ich bitte Sie: Was ist das für eine Unterstützung der Gemeinden? Gar keine. Wenn wir nur die kreisfreien Städte und die Landkreise nehmen, sind es 13 Euro am Tag. Da möchte mir bitte einer sagen, wie die Stadt München, die Stadt Nürnberg oder die Stadt Würzburg mit 13 Euro am Tag ein Obdachlosenprogramm aufstellen soll. Das ist nicht möglich.

Der Armutsbericht der Bundesregierung spricht von bundesweit 330.000 Obdachlosen und Wohnungslosen. Es gibt keine Statistik und keine Erfassung, weil ein Wohnungsloser nicht mehr gemeldet ist und durch das soziale Netz fällt.

Jetzt machen wir uns Sorgen um eine Winterunterstützung. Jeder, den es nur einmal an den Händen gefroren hat, möge sich bitte vorstellen, wie es ist, am ganzen Körper zu frieren. Wir machen uns Gedanken, wenn wir kalte Füße haben. Aber diese Menschen frieren im Winter den ganzen Tag. Wir sind leider auch viel zu spät dran, über eine Winterunterbringung nachzudenken. Obdachlosigkeit bedeutet eine mangelnde medizinische Versorgung. Der Obdachlose ist Gewalt ausgesetzt und benimmt sich gewalttätig. Er rutscht in die Kriminalität und ist auch Diskriminierungen ausgesetzt. Es gibt kein schlüssiges Konzept, wie man das umgehen kann.

Vor allem die Obdachlosigkeit im Alter nimmt laut Armutsbericht immer mehr zu. Ich danke den vielen ehrenamtlichen Organisationen, die sich im Obdachlosen- und Wohnungslosenbereich einsetzen. Wie vorher schon gesagt wurde, können manche Unterkünfte nicht mehr Obdachlose aufnehmen. Da gibt es auch einen Brandschutz, und es gibt Höchstbelegungsgrenzen, die in Ordnungen festgeschrieben sind. Mehr geht nicht mehr.

Ich habe eine Initiative kennengelernt. Als Menschen aus Bahnhöfen vertrieben wurden, hat ihnen eine Bürgerinitiative Zugkarten gekauft, damit sie sich aufwärmen können. Das ist eine sehr gute Idee; aber es ist traurig, dass so etwas überhaupt nötig ist und die Menschen nicht in kommunalen Einrichtungen oder in geheizten Räumen der Bahn bleiben können.

Wir werden den Antrag unterstützen. Eines möchte ich noch zitieren. Es reicht nicht, wenn man Weihnachten feiert. Dem Antrag werden sicher alle zustimmen. Denn gestern hat Frau Stamm gesagt: Das Wichtigste in der Politik und an Weihnachten ist Schenken und Teilen. Ich bitte Sie, halten Sie sich daran, damit das nicht nur Lippenbekenntnisse sind. Es reicht nicht, wenn man in einem Sternstunden-Chor tiriliert. Da ist Handlungsbedarf angesagt. - Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Ich darf nun den Kollegen Jürgen Mistol bitten.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es voll in Ordnung, dass in der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause mancher Antrag ein bisschen weihnachtlich daherkommt. Dass es sich aber bei der Unterstützung Hilfsbedürftiger um ein wichtiges Thema handelt, sehen wir schon daran, dass es auch im Neuen Testament sehr prominent platziert ist.

Herr Kollege Lorenz, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit bei den Kommunen liegt. Die SPD betont aber auch zu Recht, dass Bayern im Ländervergleich noch eine Schippe drauflegen könnte, weil das Land eine sehr niedrige Summe zur Verbesserung der Betreuung von Wohnungslosen aufbringt. Da ist auf jeden Fall ein deutliches Mehr an Unterstützung der Kommunen nötig.

Kolleginnen und Kollegen, wer glaubt, dass Wohnungslosigkeit nur Menschen am Rande der Gesellschaft betrifft, verschließt die Augen vor der Realität. Nicht nur die sogenannten gescheiterten Existenzen, also Menschen mit gebrochenen Lebensläufen, mit psychischen Problemen, mit Suchterkrankungen etc. landen auf der Straße. Als wohnungslos gelten beispielsweise auch Menschen, die in Notunterkünften oder in Frauenhäusern leben, und Menschen, die vorübergehend bei Freunden oder Verwandten unterkommen. Immer mehr Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Studenten und Rentner, also Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, sind von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen oder leben in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Die Tendenz ist steigend, und es gilt, hier gegenzusteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders verschärft wird das Problem der Wohnungslosigkeit durch die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Für immer mehr Menschen in Bayern wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Mietpreise sind in vielen bayeri-

schen Städten in den vergangenen Jahren nahezu explodiert und steigen auch weiterhin ungebremst an. Auf dem Wohnungsmarkt hat dadurch ein Verdrängungsprozess bei billigem und kleinerem Wohnraum eingesetzt, der die ohnehin schlechten Chancen von Wohnungslosen, eine eigene bezahlbare Wohnung zu finden, weiter erschwert. Zudem nimmt die Zahl von Wohnungen mit Sozialbindung kontinuierlich ab, und dafür sind Sie verantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt trägt außerdem dazu bei, dass der Druck auf die stationären Einrichtungen wächst. Sie können den steigenden Bedarf an Hilfsangeboten allmählich nicht mehr kompensieren. Gleichzeitig soll die Vermittlung in eine eigene Wohnung möglichst schnell erfolgen, was aber aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt kaum möglich ist. Diese Realität wird mir bei Besuchen vor Ort immer wieder geschildert. Es ist ein Teufelskreis, der manche Betroffene letztendlich zurück auf die Straße bringt.

Damit sich in Bayern eine ausreichende Struktur zur Unterstützung, zur Hilfe aus der Wohnungslosigkeit und zur Prävention entwickeln kann, ist eine bessere Unterstützung von ehrenamtlichen und kommunalen Initiativen dringend erforderlich. Der Aufbau integrierter Fachstellen zur Prävention muss besondere Beachtung finden. Ziel muss schließlich ein flächendeckendes ambulantes, teilstationäres und stationäres Hilfsnetz für Menschen in besonderen Lagen sein, und die Angebote müssen auch niederschwellig sein. Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ein Kurswechsel in der Wohnungspolitik stattfinden. Nur durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus – Herr Kollege Lorenz, da ist der Freistaat Bayern zuständig – und des Genossenschaftsbaus sowie durch mehr Handlungsspielraum für Kommunen, was Umwandlung und Zweckentfremdung von Wohnraum betrifft, kann mittel- und langfristige Abhilfe geschaffen werden. Kolleginnen und Kollegen, Wohnungslosigkeit ist die sichtbarste Form sozialer Ausgrenzung. Deshalb geht Wohnungslosigkeit uns alle an. Nur wenn Wohnungs- und Sozialpolitik künftig Hand in Hand gehen, kann Wohnungslosigkeit effektiv bekämpft werden. Das wiederum ist Voraussetzung dafür, dass Wohnungslosen auch wirklich geholfen werden kann.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist Frau Ministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Jeder Kältetote ist einer zu viel; da gebe ich Ihnen, Frau Weikert, absolut recht. Aber wir wissen ganz genau – und der Kollege Lorenz hat es vorhin gesagt -: Zuständig für die Belange wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen sind die Kommunen, zum einen für Notunterkünfte, zum anderen für Anlaufstellen und Räume, wo sie sich im Winter aufwärmen können. Das Sozialministerium unterstützt die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe.

Die Staatsregierung arbeitet seit Langem daran, die Situation wohnungsloser, aber auch von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen zu verbessern. Wir bauen dabei auf die erfolgreiche Zusammenarbeit im Fachausschuss Wohnungslosenhilfe der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Frau Weikert, Sie wissen, dass wir mit diesen Institutionen in engem Kontakt sind und dass wir gemeinsam etwas machen wollen und auch etwas machen.

Dabei dürfen wir aber nicht vergessen: So unterschiedlich die Gründe für die Obdachlosigkeit sind – ob es der Verlust des Arbeitsplatzes ist oder ob es familiäre Schwierigkeiten sind -, so schwierig ist auch die konkrete Begleitung von obdachlosen Menschen.

Das grundlegende Problem – es wurde vorhin angesprochen – ist, dass es bislang keine fundierten Daten über Umfang, regionale Verteilung, Personenmerkmale und Lebenssituationen der Wohnungslosen gibt. Bundesweit existieren auch nur grobe Schätzungen und keine verlässlichen Zahlen.

Das Sozialministerium hat deshalb proaktiv für 2014 und gegebenenfalls die Folgejahre eine Erhebung über wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen angestoßen. Dabei sind wir auf die Mitarbeit aller Kommunen angewiesen. Die Kommunen müssen uns sagen: Wo sind die Probleme? Was brauchen wir an Unter-

künften? Wie sieht es in der Entwicklung aus? Können wir etwas in den Kommunen abfedern?

Anhand der Zahlen können wir dann die Mittel, die wir zur Verfügung stellen, zielgerichteter für die Beratungsstellen für Obdachlose einsetzen. Vorhin ist gesagt worden: Im Haushalt stehen 430.000 Euro zur Verfügung. Damit unterstützen wir die Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe Südbayern und Nordbayern in München und in Nürnberg. Es ist die Aufgabe der Koordinierungsstellen, Beratung zum Auf- und Ausbau von ambulanten Beratungsstellen in den Kommunen sicherzustellen sowie die Zusammenarbeit aller Einrichtungen zu unterstützen. Beratungsangebote sind natürlich auf die Ballungsräume zu konzentrieren, weil es dort Schwierigkeiten gibt. Dort sind auch die Menschen, die Bedarf haben. Dort haben wir eine größere Zahl von Obdachlosen als in einer kleineren Stadt.

Neben den Koordinierungsstellen fördern wir im laufenden Jahr auch Projekte in weiteren Städten: in Passau, Regensburg, Würzburg, Augsburg, Fürth, Landshut und Bayreuth. Wir hoffen, dass wir mit den neuen Daten, die wir bekommen, wichtige Informationen im Kampf gegen Obdachlosigkeit gewinnen. Wir behalten das Problem im Auge. Wir negieren es nicht, sondern wir wollen etwas für die Menschen tun, die in einer derart misslichen Situation sind.

Kollege Herrmann wird ausführen, wie wir beim Wohnungsbau vorgehen wollen. Ich bin der Auffassung: Die Menschen, die obdachlos sind, brauchen unsere Unterstützung.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie gestatten eine Zwischenfrage, Frau Ministerin?

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Gerne, jederzeit.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Weikert, bitte.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Ministerin, wir haben uns nicht widersprochen. Meine Analyse und Ihre Analyse sind im Grunde nicht gegensätzlich. Ich bestreite auch nicht, was vonseiten der CSU gesagt wurde: dass letztlich die Kommunen vor Ort die Verantwortung haben. Das bestreitet auch kein Kommunalpolitiker. Aber alle Daten, die momentan vorliegen – wir können nicht noch einmal fünf Jahre warten –, sagen uns: Es spitzt sich in diesem Winter konkret zu. Unser Antrag sagt, dass auch der Freistaat Bayern für diese Zuspitzung eine Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, jeder Kältetote sei einer zu viel, dann müssen Sie den Kommunen Ihre Hilfe anbieten. Das wollen wir mit diesem Antrag erreichen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Weikert, entschuldigen Sie – und Frau Ministerin, bevor Sie antworten -: Eine Zwischenfrage ist etwas anderes. Darauf möchte ich wieder einmal hinweisen.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Weikert, ich darf Ihnen sagen: Wir stimmen da überein. Ich habe ja vorhin gesagt: Wir müssen die Daten erheben. Wir müssen anhand der Daten sehen, was wir vernünftigerweise in den Städten, wo das Problem derzeit besteht, machen können. Wir haben den Schnee und den Frost vor der Tür. Da ist es besonders kritisch. Deshalb brauchen diese Leute eine warme Unterkunft, eine Bleibe und etwas zu essen. Ich verstehe das, und deshalb meine Aussage: Wir unterstützen die Kommunen auch diesbezüglich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Ministerin, wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Es ist wirklich eine Frage. - Sie haben neun Projekte aufgezählt. Was machen diese angesichts der geringen Summe mit diesem Tropfen auf dem heißen Stein in diesem Winter? Was können wir für diesen Winter noch tun,

damit die Leute nicht erfrieren und auch nicht frieren? Frost ist schon schlimm genug, man muss nicht erfrieren, auch Frieren ist etwas Grausames.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Es wird nicht möglich sein, die Obdachlosen auf Dauer in irgendwelchen Unterkünften unterzubringen. Das können wir nicht, und das ist auch nicht unsere Aufgabe als Staatsregierung. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass Obdachlose, wenn es zum Beispiel großen Frost hat, über Nacht eine Bleibe bekommen, wo sie schlafen können. Wir sind mit den Kommunen im Gespräch darüber, was man tun kann. Ich kann nur sagen: Wir können die Unterkünfte auch nicht aus dem Hut zaubern.

(Angelika Weikert (SPD): Die Kommunen auch nicht!)

- Eben. Aber wir unterstützen die Kommunen.

Das Problem ist uns absolut bewusst, und wir wollen nicht, dass es in diesem Winter Tote gibt, weil Menschen obdachlos sind.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, es ist natürlich richtig, dass es keine erfrorenen Obdachlosen geben darf. Aber Obdachlosigkeit macht auf die Dauer auch krank, selbst wenn in den kalten Winternächten eine Bleibe gefunden wird. Wir brauchen auf Dauer ein Konzept, um Obdachlose in normale Wohnungen zu bringen. Das ist aufgrund der jahrelang versäumten Wohnungspolitik des Freistaates gerade in den großen Städten außerordentlich schwierig. Wir brauchen wirklich ein Wohnungsprogramm und nicht ein Winter-Schlafprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Noch einmal, Frau Kamm, zusammenfassend: Die Kommunen sind für dieses Thema zuständig. Wir unterstützen

die Kommunen dabei, dass sie ihre Pflichtaufgabe erfüllen können. Mir ist auch bewusst, dass es sehr viele Wohlfahrtseinrichtungen gibt, die dieses Thema aufgegriffen haben und auch aktiv sind. Auch mit den Wohlfahrtsverbänden sind wir diesbezüglich in permanenten Gesprächen.

Sie wissen ganz genau, Frau Kamm, dass wir derzeit große Probleme zu schultern haben, was Asylbewerber anbelangt, was unbegleitete minderjährige Jugendliche anbelangt, was die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien anbelangt. Das alles sind Themen, die hier geballt auftreten.

Darum muss ich sagen: Wir unterstützen die Kommunen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, ihnen unter die Arme zu greifen. Die Kommunen sind hier aber in der Pflicht.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Damit haben wir das Kontingent an Zwischenbemerkungen erfüllt. Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihren Redebeitrag. Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Herrmann ans Redepult bitten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte in Absprache mit der Kollegin Müller noch drei Punkte kurz ergänzen.

Erstens, was die Situation unserer Kommunen anbetrifft, hat Kollegin Müller ihre Absicht, die Kommunen bestmöglich zu unterstützen, noch einmal unterstrichen. Ich möchte aber schon auch darauf hinweisen, dass wir aktuell in diesem Jahr und weiter im nächsten Jahr den stärksten, den höchsten, umfassendsten kommunalen Finanzausgleich haben, den es jemals in der Geschichte des Freistaates Bayern gegeben hat. Wir reden - liebe Frau Weikert, Sie haben es selbst gesagt - über den Schwerpunkt in den großen Ballungsräumen, in den Großstädten München und Nürnberg. Auch München hat derzeit die höchsten Steuereinnahmen, die es jemals in der Geschichte dieser Millionenstadt gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Es soll mir keiner erzählen, dass ausgerechnet die Millionenstadt München mit 2.000 oder 3.000 Obdachlosen überfordert wäre. Es hat übrigens mir gegenüber auch noch kein einziger Vertreter der Landeshauptstadt München behauptet, dass die Landeshauptstadt überfordert wäre. Ich halte das schon für zum Teil an den Haaren herbeigezogen. Das Problem ist ein wichtiges, aber es ist in der Tat eine kommunale Aufgabe. Es kann nicht sein – das möchte ich ganz generell sagen –, dass sich um jedes Problem – jeder spricht in Grundsatzreden immer von kommunaler Selbstverwaltung –, das irgendwo auftaucht, der Freistaat Bayern kümmern muss. Das ist nicht der Sinn von kommunaler Selbstverwaltung. Dann könnte man gleich alles vonseiten des Freistaates machen. Das wollen wir aber nicht. Das würde ich auch nicht für richtig halten; denn kommunale Selbstverwaltung ist gut. Dann muss man aber auch dazu stehen. Das ist ein Problem, das sich vielleicht verschärft, aber ich bin sicher, dass die starke Verwaltung der Landeshauptstadt München selbst damit fertig wird.

Zweites Stichwort: Wohnungsbau. Sie haben Förderprogramme in Baden-Württemberg speziell für Obdachlose angesprochen. Wir wollen vor allem den Wohnungsbau vorantreiben. Wir werden das Problem nur lösen – da sind wir uns doch einig –, wenn wir insgesamt ein größeres Wohnungsangebot haben, egal ob im Eigentum der Kommunen oder im Eigentum gemeinnütziger Träger. Es müssen insgesamt mehr Wohnungen vorhanden sein. Wir haben in diesem Jahr wieder 210 Millionen Euro zur Förderung des Wohnungsbaus im bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Wir haben schon beschlossen, dass es im nächsten Jahr 260 Millionen Euro sein werden. Ich erlaube mir, einmal mehr festzustellen, weil wir das ja auch mit den Verbänden auf Bundesebene diskutieren: Liebe Frau Weikert, Sie werden nicht viele Länder finden – egal, von wem sie regiert werden –, wo Sie in Relation zur Größe des Landes darlegen können, dass sie mehr für den Wohnungsbau, auch mehr für den kommunalen Wohnungsbau tun als wir im Freistaat Bayern. Wir haben in der Tat kein Sonderprogramm für den Wohnungsbau für Obdachlose, aber wir haben ein vorbildliches Programm zur Wohnungsbauförderung insgesamt. Da ist allenfalls noch der Stadtstaat Hamburg auf gleicher Augenhöhe mit uns, was die staatliche Wohnungsbauför-

derung auf Landesebene anbetrifft. Ich halte es für wesentlich klüger, den Wohnungsbau insgesamt zu fördern als ein Spezialprogramm für den Wohnungsbau für Obdachlose aufzulegen.

Dritter Punkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon ein bisschen leicht dahergeredet, wenn Sie, liebe Frau Weikert, von sich aus – ich hätte das sonst gar nicht angesprochen – darauf hinweisen, dass ein Teil der Probleme, die sich jetzt verschärfen, aus der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa herrührt. Sie können hier sehr schön erklären, dass Sie zur Freizügigkeit in Europa stehen; darum sei das eben so, und man müsse diesen Menschen helfen. – Ich stehe auch dazu, dass wir den Menschen, die jetzt in diesem Dezember und Januar hier sind, natürlich helfen müssen, dass wir sie unterbringen müssen. Das ist keine Frage. Dazu stehen wir alle. Das hat Emilia Müller auch klar unterstrichen. Aber es kann nicht einfach die Perspektive für die Zukunft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Bundesrepublik Deutschland kann nicht auf Dauer das Sozialamt für alle in Europa sein, die im Moment einen geringeren Sozialstandard in ihrem Land haben, als es bei uns in Deutschland der Durchschnitt ist. Das wird nicht funktionieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb haben wir auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin darüber gesprochen, dass wir akut mit dem Problem fertig werden müssen, aber dass es natürlich auch die dringende Erwartung an die Bundesregierung und die Europäische Union gibt, einer grenzenlosen Armutswanderung in Europa ein Stück entgegenzutreten. Das war auch nie der Sinn der Freizügigkeit. Es ist nicht der Kern der Freizügigkeit, wie sie formuliert ist. Freizügigkeit garantiert, dass jemand in Räume mit Arbeitsplätzen zuwandern kann, dass zum Beispiel jemand aus Rumänien, der einen Arbeitsplatz in Bayern wahrnehmen will, dafür keine Genehmigung mehr braucht. Aber Freizügigkeit war von der EU nie so gedacht, dass jeder beliebig in Sozialsysteme eines anderen Landes zuwandern kann. Damit müssen wir uns sehr ernsthaft in den nächsten Jahren beschäftigen. Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten, werden die Sozialsysteme in der Bundesrepublik Deutschland zweifellos überfordert werden. Das kann keiner von uns wollen. Deshalb müssen wir den Menschen, die jetzt bei uns angekommen sind, helfen, aber

wir müssen gleichzeitig einer Entwicklung in die Richtung, dass beliebig viele, womöglich Millionen in den nächsten Jahren weiter auf dieser Basis zu uns kommen, ein Stück weit entgegenwirken. Denn das würde die Menschen in unserem Land und unsere Sozialsysteme letztlich überfordern. Das kann keiner wollen. Wir wollen, dass die Situation etwa in Rumänien und Bulgarien vor Ort besser wird, aber wir müssen der Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme etwas entgegentreten. Daran führt kein Weg vorbei.

Abschließend noch einmal: Denen, die jetzt da sind, muss geholfen werden. Dafür sorgen die Kommunen, und dabei wird sie die Sozialministerin auch unterstützen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, bitte noch einen Moment. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Pfaffmann. Herr Pfaffmann, bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatsminister, Sie bezeichnen die Freizügigkeit immer recht polemisch als Armutszuwanderung.

(Widerspruch bei der CSU)

Tut die Staatsregierung etwas? Denn die Leute haben ja ein europäisches Recht, hier zu sein. Sind Sie über die europäischen Institutionen denn dabei, dieses Recht zu verändern? Sie wollen ja diese Zuwanderung nicht haben; dann müssten Sie aber das europäische Recht ändern. Machen Sie das? Gibt es da ein Vorhaben?

Zweitens, zum Wohnungsbau. Was sagen Sie, wenn Sie von glorreicher Wohnungsbauförderung sprechen, dazu, dass der Freistaat Bayern in den letzten zehn Jahren die Förderung sukzessive zurückgefahren hat? Sie haben jetzt fast nur noch die Hälfte im Haushalt gegenüber dem, was Sie vor 10 oder 15 Jahren hatten.

Zum Dritten möchte ich zum Wohnungsbau im Ballungsraum München, etwas sagen. Mit Verlaub, wer den Verkauf von GBW-Wohnungen so gestaltet, dass kurz nach dem Verkauf Mieterhöhungen die Folge sind und somit Vertreibung stattfindet, der braucht

seine Erfolge nicht allzu sehr herauszustellen. Hätten Sie die GBW-Wohnungen behalten, dann hätten wir ein Problem weniger. Wie wäre es denn, wenn Sie endlich mal Ihren Widerstand zur Umwandlungsspekulation aufgeben würden, damit wir einen Erhalt von preisgünstigen Wohnungen hätten - das verweigern Sie seit Jahren – und eine Verbesserung des geförderten Wohnungsbaus erreichen würden?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Letzteres ist auf dem Weg. - Zu Ersterem kann ich Ihnen nur sagen, lesen Sie bitte den Text der Koalitionsvereinbarung. Ich bin der festen Zuversicht, dass die Mehrheit der Mitglieder Ihrer Partei bis Samstagabend dem Koalitionsvertrag zustimmt. Da steht genau drin, dass diese Regelungen verändert werden müssen.

Ich habe vorhin gesagt, wir haben bei den Koalitionsverhandlungen darüber gesprochen. Es gab in der Tat von Ihren Kollegen teilweise den Einwand, der Bund muss entsprechende Unterstützungszahlungen an die Kommunen leisten. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir einerseits die Kommunen unterstützen müssen, dass wir auf der anderen Seite aber einem Missbrauch unserer Sozialsysteme entgegenwirken müssen – das war einvernehmlich –, weil das auf Dauer unsere Systeme überfordern würde.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Das ist auch nicht der Kern der Freizügigkeit, die die EU festgelegt hat. Ich sage noch einmal, damit war der freie Zugang zu Arbeitsplätzen gemeint, die Möglichkeit, ein Unternehmen zu gründen bzw. sich hier niederzulassen, aber nicht eine Zuwanderung in die soziale Grundsicherung in Deutschland. Das kann logischerweise nicht funktionieren. Dazu müssen die Regelungen in Deutschland und in Europa in der Tat geändert werden. Daraus mache ich keinen Hehl.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm angemeldet. Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Minister, mir ist es ein Anliegen, dass gerade der bayerische Innenminister die Dinge richtig darstellt und nicht von einer grenzenlosen Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien spricht und damit quasi rechten Stimmungen Vorschub leistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade hier sollten Sie ein positives Beispiel geben. Durch den Austausch mit Ihren Amtskollegen in Bulgarien und Rumänien wissen Sie ja vermutlich, wie groß die Bevölkerungsgruppe ist, die sich in einer prekären Lage befindet. Dies ist der erste Punkt. Zweitens wissen Sie vermutlich auch, dass jemand, der ab 1. Januar 2014 aus diesen Ländern zu uns kommt, genau drei Monate Anspruch auf soziale Unterstützungsleistungen hat, länger nicht. Darum gibt es auch keine grenzenlose Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, wie ich eingangs meines Beitrages schon sagte: Ich habe dieses Thema heute nicht in die Debatte eingeführt. Frau Kollegin Weikert hat vorhin angesprochen, dass ein Teil der aus ihrer Sicht wachsenden Zahl an Obdachlosen aus der Zuwanderung aus zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, aus Südosteuropa resultiert. Frau Kollegin Weikert hat dies eingeführt und hat sich dann in diesem Zusammenhang in der Tat ganz allgemein dazu bekannt, dass sie natürlich weiterhin für die große Freizügigkeit in unserem Lande ist. Darauf habe ich dann konkret reagiert und erklärt, dass es eben nicht einfach so weiterlaufen kann, sondern dass wir der Zuwanderung in die Sozialsysteme schon ein Stück weit entgegenreten müssen. Das habe ich gesagt, und genau dazu stehe ich auch. Das hat nichts mit Polemik zu tun, sondern damit, ob das Ganze für

unser Steuersystem, für unsere Sozialversicherungen und insgesamt für den Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland auf Dauer noch erträglich bleibt.

Wir wollen den Menschen, die jetzt bei uns sind, die jetzt auch unter winterlichen Problemen leiden werden, helfen. Wir wollen, dass keiner im Winter im Schnee draußen auf der Straße bleibt. Wir müssen uns aber auch mit den Grundsatzfragen der weiteren Entwicklung in Europa beschäftigen. Dies werden wir im neuen Jahr 2014 sicherlich auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/264. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 11.23 bis 11.28 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und andere und Fraktion (SPD) "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose", Drucksache 17/264, bekannt geben. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 89. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose (Drucksache 17/264)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	74	89	0